

Iran 2008: Kritischer Dialog, Sanktionen oder militärischer Angriff

Utl.: Heftige Kritik eines Beobachters der iranischen Szene an den USA – Bedeutung der Zivilgesellschaft unterstrichen

Wien – Die Situation im heutigen Iran ist nicht zu begreifen ohne einen Blick auf die Gesamtregion, also den Nahen Osten bzw. Westasien zu werfen, wobei die dortige Entwicklung entgegen weitverbreiteter Meinung nichts mit den Ereignissen vom 11. September 2001 (Terroranschläge in New York und Washington) zu tun hat. Dies betonte der in Deutschland lebende Beobachter, Analytiker und Kommentator seiner iranischen Heimat, Bahman Nirumand, am 6. November 2008 bei einem von der Österreichischen Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall, der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen und dem Büro für den Dialog zwischen den Kulturen organisierten Vortrag in der Diplomatischen Akademie in Wien.

Die Krisensituation in der Region begann in den 70iger Jahren, als die USA versuchten, nach der Machtergreifung einer Linksregierung in Afghanistan der UdSSR eine Falle zu stellen. Washington unterstützte die afghanischen Mudschaheddin, mobilisierte Zehntausende von ihnen zum „Heiligen Krieg“ und rüsteten sie mit modernsten Waffen aus. Damit wurde von den USA mit Unterstützung Saudi-Arabiens und Pakistans der islamische Terrorismus „aufgebaut“. Nach der sowjetischen Niederlage in Afghanistan, dem Truppenabzug von dort und dem Sturz der Kabuler Linksregierung gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA und den Taliban, das Fundament für den islamischen Terrorismus war damit gelegt.

Damals hielt sich die USA an die Nixon-Doktrin, wonach die öl- und gasreichen Gebiete unter die Kontrolle der USA fallen sollten. Nach der Revolution im Iran entstand die paradoxe Situation, dass die USA die Islamisten in Afghanistan unterstützten, sie aber im Iran bekämpften. Nachdem aber diese Strategie scheiterte, rüstete Washington den irakischen Diktator Saddam Hussein mit modernsten Waffen aus, auch mit chemischen Waffen, und ermunterten ihn zu einem Angriff auf den Iran. Die Folge war der achtjährige Golfkrieg von 1980–1988 mit über einer Million Opfer auf beiden Seiten.

Bis zu diesem Krieg hatten die Volksmudschaheddin und andere linksgerichtete Gruppen eine starke Stellung im Iran inne. Den Kriegsbeginn sah Teheran als „Rettung“ der Islamischen Republik, jetzt konnte man angesichts der Gefahr die islamische Verteidigung mobilisieren. Währenddessen konnten in Afghanistan die Islamisten „ihre Netze aufbauen“. Die Ereignisse vom September 2001 sah Nirumand als eine Folge dieser Entwicklung.

Die heutige Situation in der ganzen Region stuft Nirumand als besonders gefährlich ein: in Pakistan und Afghanistan sind die Taliban im Vormarsch, die Besatzungsmächte in Afghanistan werden dort keinen Frieden zustande bringen. Pakistan sei überhaupt das „gefährlichste Land der Welt“: es sei Atommacht, Regierung und Heer seien nicht die Herren der Lage. Es erhebe sich die Frage, was geschehe, wenn in Pakistan die Islamisten an die Macht kämen und die Atomwaffen in ihre Hände fielen.

Der Irak, so Nirumand, war ein säkulares Land mit einem blutrünstigen Diktator, heute sei er Schauplatz eines Religionskrieges (Sunniten gegen Schiiten) und eines permanenten Bürgerkrieges. Eine etwaige Dreiteilung des Landes (darunter einem kurdischen Teil) würde die Türkei und Syrien auf den Plan rufen.

China treibt ökonomisch, nicht militärisch eine brutale Politik, letzteres könne man eher von Russland und den USA sagen. Angesichts dieser Situation ist vor allem der Irak dank der US-Politik zu einer regionalen Großmacht geworden. Der Iran hat nicht nur durch Druck von außen viele Millionen zur Verteidigung des Landes mobilisieren können, er ist im Nahen Osten praktisch mächtiger als die USA. Im Irak laufe nichts ohne iranischen Einfluss.

Die USA strebt im Iran nach Nirusands Worten einen Regimewechsel an, hat aber noch nicht begriffen, dass ihre Zeit als einzige Supermacht der Welt vorbei ist. Deshalb glaubt Washington, die ganze Region unter seine Kontrolle bringen und – militärisch oder durch Druck – beherrschen zu müssen.

Der Atomkonflikt mit dem Iran ist im Grund sekundär, man hätte ihn schon vor Jahren lösen können. Eine Forderung nach totalem Verzicht auf die Kernenergie-Nutzung würde keinen Erfolg bringen. Der Iran hat den Atomsperrvertrag unterzeichnet und daher wie andere Länder das Recht, Uran im eigenen Land anzureichern. Europa hat nach den Worten des Vortragenden einem russischen Lösungsvorschlag zugestimmt, während die USA ständig Lösungsvorschläge blockierten, was als Zeichen gewertet wurde, dass sie keine Lösung wollten. Ihr Ziel bleibe die Kontrolle der gesamten Region, solange die islamische Republik (Iran) existiere, werde es auch zu keiner Lösung kommen. Nirusand wandte sich aber entschieden gegen Atomwaffen im Iran. Gewisse Kreise im Land wollten Atomwaffen, weil der Iran von US-Streitkräften und Stützpunkten umgeben sei.

Als „absurd“ bezeichnete Nirusand die Ansicht, der Iran wolle Atomwaffen, um Israel anzugreifen. Würde der Iran einen derartigen Versuch unternehmen, würde er vernichtet. Selbst wenn der Iran tatsächlich Atomwaffen hätte, würden diese nur der Verteidigung des Landes dienen. Unter Hinweis auf die Existenz einflussreicher Lobbyisten in den USA äußerte der Vortragende Zweifel, ob unter dem neuen US-Präsidenten die USA ihre Strategie ändern würde.

Das von der Presse vermittelte allgemeine Bild des Iran bezeichnete Nirusand als „falsch“. Der Iran sei nicht identisch mit (Präsident) Ahmadinejad oder (Revolutionsführer) Khamenei, sondern verfüge über eine vielfältige Gesellschaft und auch demokratische Traditionen. Zu letzteren zählte er die konstitutionelle Revolution von 1906, das Regime Mossadegh in den 50iger Jahren mit seiner Öl-Verstaatlichungspolitik, später kam die von der Bevölkerung getragene Revolution, die das Schah-Regime stürzte. Auf diese Punkte beruft sich eine breite Zivilgesellschaft im Iran. Die Islamische Revolution, so Nirusand, sei auch der Grund, warum sich eine Zivilgesellschaft entwickelt habe – das Regime habe mit Widerstand zu kämpfen, deshalb sehe die Verfassung auch demokratische Instanzen vor (vom Volk gewähltes Parlament und Präsident) neben islamischen Instanzen (Revolutionsführer mit – laut Verfassung – unbegrenzter Macht; er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Geheimdienste und ernennt die wichtigsten Justizfunktionäre, usw.). Der Wächterrat kann jedes parlamentarisch verabschiedete Gesetz zurückweisen und entscheide auch über Kandidaten für die Wahlen. Somit wählt der Wächterrat zuerst und erst dann das Volk.

Neben republikanischen und gottesstaatlichen Instanzen gebe es auch pseudomafiöse Institutionen: Stiftungen, die zu riesigen Wirtschaftsunternehmen mit viel Macht und Einfluss wurden.

Das iranische Regime ist auch in sich sehr widersprüchlich: verschiedene Fraktionen seien sich nicht einig, wie die Wirtschaft gestaltet, die Liberalisierung erfolgen oder die Rolle des islamischen Rechts festgelegt werden sollen. All dies seien Themen von Auseinandersetzungen innerhalb des Regimes. Das ganze System habe sich nicht so etablieren können, wie Ayatollah Khomeini es gewünscht habe.

Die Zivilgesellschaft mache sich immer mehr im Land bemerkbar, das Regime könne darauf nicht mehr mit Gewalt oder Hinrichtungen wie früher reagieren. Seit dem Tod Khomeinis gab es immer mehr Nachdenken über die Entwicklung, der Widerstand, besonders bei Frauen, verstärkte sich. Bei Frauen geht es dabei vor allem um gesellschaftliche Rechte. Im Golfkrieg der 80iger Jahre leisteten Frauen wichtige Dienste, wurden also gesellschaftlich bis zu einem gewissen Maß integriert und stellten dementsprechend Forderungen auf.

In diesem Zusammenhang bezeichnete der Redner auch das in Europa vermittelte Bild der iranischen Frauen als falsch: sie seien selbstbewusst geworden und kennen ihre angestammten Rechte. Derzeit kämpften sie um Gleichberechtigung auf allen Ebenen. Diese Kampagnen hätten schon sehr viel bewirkt. Es gebe viele regierungsunabhängige Frauenorganisationen, in denen auch islamisch orientierte Frauen mitwirkten.

Auch Jugendliche spielen eine große Rolle in der Zivilgesellschaft. Früher waren sie begeisterte Anhänger der Revolution. Der Iran ist ein sehr „junges“ Land mit einem hohen Anteil an unter 25-jährigen an der Bevölkerung, die oft Distanz gegenüber dem Staat an den Tag legten, so wie dies auch Schriftsteller, Künstler und Filmemacher täten. Aber auch um den Islam gebe es Kontroversen: wenn z.B. Reformen den Islam „modernisieren“ wollten. Islamische Gesetze sind an Ort und Zeit gebunden, doch heute lebe man in einer anderen Zeit und anderen Welt, benötige daher „andere Gesetze“.

Wenn von außen Sanktionen gegen den Iran beschlossen oder Kriegsdrohungen ausgestoßen würden, spalte sich die Zivilgesellschaft. Dann wähle man das kleinere Übel: man stelle sich hinter die Regierung. Dass mit Ahmadinejad die Islamisten an die Macht kamen, habe viel mit Drohungen von außen zu tun. Ex-Präsident Khatami zeigte und zeigt mehr Kompromissbereitschaft, auch in der Atomfrage, was den Radikalen Auftrieb verlieh. Würde der Westen auf Sanktionen bestehen, müsste er auf iranisches Öl und auf den iranischen Markt verzichten. Wenn aber der Westen es mit der Änderung seiner Sanktionspolitik ernst meine, würde er dadurch die Zivilgesellschaft stärker unterstützen.

Bei einer anschließenden Publikumsdiskussion übte Nirumand scharfe Kritik an Israel. Das von ihm betriebene Spiel könne auf die Dauer nicht gut gehen. Spätestens seit dem letzten Libanon-Krieg werde Israel nicht mehr als gänzlich unverwundbar angesehen. Es werde auch nicht mehr als gut bewaffneter und mit viel technischer Hilfe ausgestatteteter Brückenkopf des Westens fungieren können. Der Westen werde zur Ansicht gelangen, dass dadurch nur Konflikte gefördert würden. Israel müsse sich ändern und sich in der Nahostwelt integrieren – „oder es kracht“. Wegen seiner Unterdrückungspolitik sei Israel im Nahen Osten so verhasst wie die Amerikaner.

Was westliche Forderungen im Atomkonflikt betreffe, schlug Nirumand vor, ein internationales Zentrum zu gründen oder ein Verbot der Urananreicherung für die gesamte Nahost-Region zu verfügen. Israel wäre niemals bereit, auf Atomtechnologie oder auf die Urananreicherung zu verzichten. Ein Ausweg wäre unter Umständen eine solche Anreicherung über Joint Ventures.

Exiliraner könnten nicht mit einer weiteren Revolution im Iran rechnen. Einziger Weg wäre die Stärkung der Zivilgesellschaft im Land, um dadurch eine schrittweise Änderung der Gesellschaft durch Reformen zu erreichen, die man dann vom Regime erzwingen könne. Derzeit gebe es allerdings keine Alternative zum Regime in Teheran. Die politische Opposition des Iran sei auch sehr zersplittert. Das westliche Agieren von außen führe dazu, dass viele inneriranische Projekte scheiterten. Bei einem Angriff auf den Iran könne das Regime Millionen ideologisch geschulte Anhänger mobilisieren. Das Ergebnis wäre ein Flächenbrand, wenn nicht sogar ein dritter Weltkrieg. Konflikte zwischen dem Iran und der arabischen Welt gebe es, seit vor 1400 Jahren der Islam im Iran eingedrungen sei. Die USA versuchten, diese Konflikte, sowie die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten zu schüren.